

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates
Auszug aus MEDIENMITTEILUNG vom 25. Januar 2019

Mit 10 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen beantragt die Kommission der **Pa.Iv. Weibel. Flexible BVG-Renten ermöglichen (17.521)** keine Folge zu geben. Die Initiative verlangt, dass im überobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge die laufenden Renten je nach Finanzlage der Kasse angemessen erhöht und gesenkt werden können. Nach Meinung der Kommission würde es für die Versicherten eine grosse Unsicherheit bedeuten, wenn laufende Renten gekürzt werden dürften. Zudem arbeiteten die Sozialpartner derzeit an der nächsten grösseren Reform der beruflichen Vorsorge. Diesen Arbeiten sei nicht mit einem derart grundsätzlichen Anliegen, wie es die Initiative verlangt, vorzugreifen. Die Minderheit erachtet die bereits erhebliche Umverteilung von jüngeren Versicherten zu Rentnern als unfair.